



**26. September 1980
Das Oktoberfest-
Attentat**





Tatjana Neef

**26. September
1980**

**Das Oktoberfest-
Attentat**

Landeshauptstadt München (Hrsg.)

In Gedenken an die Todesopfer und
in Erinnerung an die Überlebenden
sowie all jene, die diese Nacht nie
vergessen werden: Angehörige,
Einsatzkräfte, Ersthelfende und
medizinisches Personal.

Inhalt

Vorwort Dieter Reiter, Oberbürgermeister	6
1980 – Das 146. Oktoberfest	13
Das Bombenattentat – 26. September 1980	13
Die Tage nach dem Attentat	16
Die polizeilichen Ermittlungen	21
Nach dem Abschluss der Ermittlungen 1982: neue Fragen, neue Erkenntnisse	29
Das Oktoberfest-Attentat im öffentlichen Bewusstsein	39
„Die Zeit heilt keine Wunden“ – die Folgen für die Opfer und deren Angehörige	47
Erinnerungskulturelles Forschungs- und Zeitzeug*innenprojekt des Kulturreferats München	51
Quellen	56
Abbildungsverzeichnis	58

Vorwort

Es ist sicher nicht das Erste, woran viele Menschen bei der Wiesn denken. Und trotzdem ist es untrennbar mit ihr verbunden: das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980. Bei dem verheerenden Bombenanschlag nahe dem Haupteingang zur Festwiese kamen damals 12 Menschen und der Attentäter ums Leben, 221 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Es war der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Als Bombenleger wurde der rechtsextreme Student Gundolf Köhler identifiziert. Seine Verbindungen in die rechtsextreme Szene wurden in den 1980er Jahren von den Ermittlungsbehörden allerdings ausgeblendet, so dass das gesellschaftspolitische Umfeld des Terrorakts und etwaige Mittäter lange Zeit unbeachtet blieben.

Der Attentäter, so hielt vor wenigen Jahren die Generalbundesanwaltschaft fest, war Teil der Neonaziszene und beging die Tat aus rechtsextremer Motivation. Gundolf Köhler wollte Menschen ermorden, die Tat anschließend der politischen Linken anlasten und so die bald darauf anstehende Bundestagswahl beeinflussen. Obwohl 1980 die politischen Hintergründe des Täters, seine Beteiligung an der neonazistischen Wiking-Jugend und der rechten paramilitärischen Wehrsportgruppe Hoffmann, rasch ermittelt waren, vertraten die Behörden die These des Einzeltäters, der aus persönlicher und nicht aus politischer Motivation gehandelt habe.

Überlebende, Hinterbliebene, Journalist*innen und Jurist*innen zweifelten das Ermittlungsergebnis, ein Einzeltäter habe aus unpolitischen Gründen den Anschlag begangen, jahrzehntelang an. Ihre Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen erfüllten sich erst 2014. Trotz intensiver Bemühungen führten jedoch auch diese Ermittlungen nicht dazu, die Tathintergründe vollständig aufzuklären. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in den massiven Verfehlungen und Versäumnissen der ersten Ermittlungen unmittelbar nach der Tat. Im Juli 2020 wurden die wiederaufgenommenen Ermittlungen schließlich erneut eingestellt.

Es ist bedauerlich und enttäuschend, dass viele Fragen weiterhin ungeklärt bleiben. Meine Gedanken sind in erster Linie bei den Angehörigen der Todesopfer sowie den vielen Verletzten des Bombenanschlags vom 26. September 1980. Gerade für sie wäre es wichtig, endlich Klarheit über die genauen Tathintergründe und mögliche Mittäter*innen zu erhalten. Dies ist nur zum Teil gelungen. In einer Zeit, in der sich fortwährend die Gefahr rechter Gewalt auf erschreckende Weise zeigt, ist bedeutsam, was die Generalbundesanwaltschaft 2020 festgehalten hat: Gundolf Köhler handelte aus rechtsextremistischer Motivation heraus.

Selbstverständlich kann das Leid der Betroffenen dadurch nicht wieder gutgemacht werden. Dennoch ist es ein wichtiges und längst überfälliges Signal, das rechtsextreme Motiv der

Tat durch die Sicherheitsbehörden zu benennen und offen zu legen. Schließlich geht es hierbei um Trauer, Erinnerungsarbeit und eine umfassende historische Aufklärung. Wir müssen heute extrem rechten Einstellungen und der daraus resultierenden Gewalt die Stirn bieten und aktiv für eine demokratische und diverse Stadtgesellschaft eintreten. Denn unsere Demokratie wurde nicht nur damals, sie wird auch heute verstärkt angegriffen.

Die Stadt München kam erst spät dem Wunsch der Betroffenen nach, die umfassende Aufklärung der Tat zu fordern und die Gesellschaft für diesen rechtsextremen Bombenanschlag zu sensibilisieren. 2015 wurde ein partizipatives Projekt vom Kulturreferat initiiert, das die Erinnerungen der Überlebenden und Betroffenen an den Anschlag, die Folgen für ihr weiteres Leben und ihr Engagement für Aufklärung und Wiedergutmachung dokumentiert. Zum 40. Jahrestag eröffneten wir 2020 am Haupteingang zur Theresienwiese die Dokumentation Oktoberfestattentat, die seither von zahlreichen Münchner*innen und Tourist*innen besucht wird. Die Dokumentation wurde in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen des Anschlags erstellt. Neben Informationen zum Tathergang finden sich dort in Videointerviews Erinnerungen der Menschen, die das rechtsterroristische Attentat überlebten und bis heute unter den Folgen leiden. Ich bin den Betroffenen sehr dankbar, dass sie durch ihre Offenheit einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, die Geschehnisse vom 26. September 1980 nicht zu

vergessen und vor den Gefahren extrem rechter Ideologien zu warnen. Ich versichere Ihnen, dass die Landeshauptstadt München auch künftig die Aufklärung fördern und die Erinnerungsarbeit fortführen wird.



Dieter Reiter
Oberbürgermeister



1980 – Das 146. Oktoberfest

Das Bombenattentat – 26. September 1980

Das 146. Oktoberfest war wie in den Jahren zuvor ein Publikumsmagnet. Mehr als fünf Millionen Besucher*innen zog es auf das 31 Hektar große Festgelände unterhalb der Bavaria-Statue. Am Abend des 26. Septembers 1980, kurz vor der abendlichen Schließung der Festzelte, ereignete sich das Unfassbare. Gegenüber der Verkehrsinsel am Bavariaring, an der Nordseite der Theresienwiese nahe dem Haupteingang zum Festareal, kam es gegen 22:20 Uhr zu einer gewaltigen Explosion. In einem metallenen Abfallkorb, der an einem Verkehrsschild montiert war, explodierte ein Sprengkörper mit verheerenden Folgen. Als die Rettungskräfte am Tatort eintrafen, fanden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote auf der Straße liegen. Die Druckwelle der Detonation war gewaltig. Obwohl die Verletzten umgehend versorgt wurden, kam für zwölf Personen wie für den Täter jegliche Hilfe zu spät. Sie starben bereits am Tatort oder in den darauffolgenden Stunden und Tagen. 221 Menschen wurden verletzt, 68 davon schwer. Zum Teil erlitten die Opfer schwerste Verbrennungen, die auf eine starke Hitzeentwicklung zurückzuführen waren. Wie die Polizei später in ihren Ermittlungen rekonstruierte, hatte es sich bei der Bombe um einen selbstgebauten Sprengkörper gehandelt. Zahlreiche Personen wiesen durch Metallsplitter bedingte Verletzungen auf, die Amputationen von Gliedmaßen und Organentnahmen erforderlich machten. Einige der Opfer waren noch Wochen und Monate nach dem Anschlag auf die

Die Tage nach dem Attentat

Am Tag nach dem Attentat deutete, abgesehen von niedergelegten Blumen, nur noch wenig auf den Anschlag hin. Zum einen war dies auf die Lage des Explosionszentrums zurückzuführen, welches sich am Rande des Festgeländes befand – auf nahezu unbebauter Fläche. Weder Fahrgeschäfte noch Festzelte waren beschädigt worden. Bis auf einzelne verbogene Verkehrsschilder, beschädigte Gehwegplatten und geborstene Fensterscheiben hatte sich der Sachschaden in Grenzen gehalten. Er war bereits einen Tag nach dem Attentat größtenteils behoben worden. Zum anderen hatte der damals amtierende Oberbürgermeister, Erich Kiesel, noch in der Nacht vom 26. auf den 27. September entschieden, dass das Oktoberfest nicht unterbrochen werden sollte. Die aus mancher Sicht als pietätlos betrachtete Entscheidung basierte auf zwei Gründen: Zusätzlich zu der am Wochenende ohnehin hohen Besucherzahl des Oktoberfests wurden Fußballfans zu einem Spiel zwischen dem Hamburger SV und dem FC Bayern München in der Stadt erwartet. Die Polizei befürchtete, dass die Enttäuschung über die geschlossenen Festzelte womöglich in Aggression umschlagen könnte, die schwer zu kontrollieren wäre. Da von terroristischen Hintergründen des Attentats ausgegangen wurde, fußte die Entscheidung zudem auf dem Wunsch, Stärke zu demonstrieren. Oberbürgermeister Kiesel formulierte es mit den Worten: *„Weder dieser Staat noch diese Stadt oder ihre Bürger sind von Verbrechern erpressbar. Eine Schließung würde nur den verwerflichen Absichten der Attentäter entgegenkommen. Deshalb muß man auch sagen: Das Leben*

*geht weiter.“*¹ So wurde das Oktoberfest fortgesetzt, etwa eine Million Menschen besuchten das Festareal an diesem Wochenende. Eine offizielle Trauerfeier im Alten Rathaus sowie ein ökumenischer Gottesdienst, eine Kranzniederlegung und einige andere Gedenkveranstaltungen fanden vier Tage später, am 30. September 1980, statt. An diesem Tag wurde das Volksfest für einen Tag unterbrochen, um der Opfer des Anschlags zu gedenken.

1 Schmalz, Peter: Wir dürfen vor der Gewalt nicht kapitulieren. In: Die Welt. 1. Oktober 1980.



Unterbrechung des Oktoberfests für einen Tag am 30. September 1980



Trauernde am Tatort



Trauerfeier im Alten Rathaus, 30. September 1980

Die polizeilichen Ermittlungen

Unmittelbar nach dem Anschlag nahm die Polizei ihre Ermittlungen auf. Vor dem Hintergrund der Schwere des Attentats und angesichts der neun Tage später stattfindenden **Bundestagswahl** waren die Erwartungen an eine schnelle Aufklärung sehr hoch. Erste Spekulationen über die Hintergründe der Tat wurden laut. Dass es sich bei der Explosion um einen Akt des Terrors handelte, bezweifelte niemand. Die Frage nach den Hintergründen für die Tat schien allerdings strittig zu sein. Wer waren die Verantwortlichen? Gab es einen oder mehrere Täter? Handelte es sich um eine politisch motivierte Tat? Und, wenn dies zutraf, war die Verantwortung dafür in links- oder rechtsextremistischen Kreisen zu suchen?

Am 5. Oktober 1980 fand die Wahl des 9. Deutschen Bundestages statt, bei denen sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) gegen seinen konservativen Herausforderer, den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU), durchsetzte. Vorausgegangen war ein hochpolarisierter, von Fragen der Sicherheitspolitik dominierter Wahlkampf.

Zunächst von Auseinandersetzungen um die Zuständigkeit zwischen Land und Bund überschattet, setzte sich die „Sonderkommission Theresienwiese“ (Soko) aus zeitweise rund 100 Mitarbeitenden des Bayerischen Landeskriminalamts (LKA) und des Bundeskriminalamts (BKA) zusammen. Auf den Verdacht hin, es könne sich um einen Terrorakt handeln, war das Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ zusätzlich durch den damaligen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eingeleitet worden. Die Untersuchung lag somit federführend beim Bund.

Bereits am Samstag, einen Tag nach dem Attentat, hatte die Soko den Geologiestudenten [Gundolf Köhler](#) als Attentäter identifiziert. Auch er war bei dem Anschlag gestorben. Zeugen hatten ihn unmittelbar vor der Explosion am Tatort gesehen. Die Verletzungsmerkmale an Köhlers Leiche untermauerten die Aussagen der Zeugen und ließen keinen Zweifel an seiner Täterschaft. Ein erstes Ermittlungsergebnis. Der Umstand, Köhler selbst nicht mehr zu der Tat und den Hintergründen vernehmen zu können, erschwerte die weiteren Ermittlungen und ließ Fragen offen.

Gundolf Köhler wurde am 27. August 1959 geboren. Er wuchs in Donaueschingen auf, wo er 1978 das Gymnasium abschloss. Bereits als Jugendlicher hatte er im Keller des elterlichen Wohnhauses mit Sprengstoff experimentiert. Während seines Grundwehrdienstes strebte er die Ausbildung zum Sprengmeister an. Aufgrund eines Gehörschadens wurde er jedoch vorzeitig aus dem Wehrdienst entlassen. Der politisch rechtsorientierte Köhler stand bereits Mitte der 1970er Jahre in Kontakt zu mehreren extrem rechten Organisationen, insbesondere der von Karl-Heinz Hoffmann gegründeten Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) sowie der Wiking-Jugend. Köhler nahm auch an paramilitärischen Übungen teil. 1978 wandte sich Köhler mit der Bitte an Karl-Heinz Hoffmann, ihn bei der Gründung einer WSG-Gruppe in Donaueschingen zu unterstützen. Hoffmann verwies ihn jedoch an eine sich bereits im Aufbau befindende WSG-Gruppe in Tübingen. Im Anschluss an seinen Wehrdienst begann er ein Geologiestudium in Tübingen. Am 26. September 1980 verübte er den Bombenanschlag in München und kam dabei selbst ums Leben.

Vgl. Heymann, Tobias von: Die Oktoberfest-Bombe. München, 26. September 1980 – Die Tat eines Einzelnen oder ein Terror-Anschlag mit politischem Hintergrund? Berlin, 2008, S. 51ff.

Mit der Feststellung der Personalien wurden erste Details zu Köhlers Person und insbesondere dessen politischer Gesinnung bekannt. Köhler war, aufgrund seines Kontakts zu der rechtsextremistischen [Wehrsportgruppe Hoffmann \(WSG\)](#), bereits in der Vergangenheit nachrichtendienstlich erfasst worden. Angesichts dessen wurde vermutet, dass die bereits im Januar 1980 verbotene paramilitärische WSG für den Anschlag verantwortlich zu machen sei. Darauf konzentrierten sich auch die Ermittlungen der ersten Tage. Parallel zu den Verhaftungen ehemaliger Mitglieder der WSG wurden bundesweit mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt, u.a. in Schloss Ermreuth, dem einstigen Hauptsitz der Organisation und Wohnsitz Hoffmanns. Sichergestellt wurden neonazistische Schriften, Granaten und Sprengstoff militärischer Herkunft. Kurz darauf wandte sich der Bayerische Innenminister Gerold Tandler (CSU) – dessen Ministerium das LKA unterstellt war – an die Öffentlichkeit und machte die WSG für das Attentat verantwortlich.² Einen Tag später wurden die WSG-Mitglieder jedoch wieder aus der Untersuchungshaft entlassen, eine Verbindung zur Tat konnte nicht nachgewiesen werden. Tandler wich von der anfangs verbreiteten These der Täterschaft der WSG wieder ab und sprach fortan nur noch von der Tat eines Einzelnen. Im Gegensatz dazu äußerte sich ein Sprecher des Generalbundesanwalts Rebmann zurückhaltender. Er schloss eine Einzeltäterschaft nicht aus, stufte jedoch eine Beteiligung mehrerer Personen als wahrscheinlich ein, ohne dabei auf

Die Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) war eine terroristische Vereinigung neonazistischer Prägung, die Neonazis im Kampfsport sowie im Einsatz von Waffen und Munition ausbildete. Sie wurde 1973 durch den in den 1970er Jahren bekanntesten Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland, Karl-Heinz Hoffmann, gegründet. Im Januar 1980 wurde die WSG aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Ausrichtung durch das Bundesinnenministerium verboten.

Vgl. Fromm, Rainer: Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“: Darstellung, Analyse und Einordnung: ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechts- extremismus. Frankfurt/Main u.a., 1998. S. 439ff.

2 Ohne Verfasser: Rebmann: Schwerster Anschlag. In: Bild vom 29. September 1980.

Bei der Wiking-Jugend (WJ) handelte es sich um eine 1952 gegründete neonazistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik. Ihre Struktur orientierte sich stark an der Hitler-Jugend. Beitreten konnten Kinder ab sechs Jahren, die Mitgliedschaft galt lebenslang. Politisches Ziel der WJ war die nationalsozialistische Erziehung ihrer Mitglieder. Zu den Aktivitäten zählten unter anderem Zeltlager und paramilitärische Märsche. Etwa 15.000 Kinder und Jugendliche waren insgesamt Teil der Wiking-Jugend. Viele ihrer Mitglieder traten später politischen Organisationen wie den Jungen Nationaldemokraten, der Jugend der neonazistischen NPD bei. 1994 verbot das Bundesinnenministerium die WJ aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft zur NSDAP und der Hitler-Jugend. Mit 400 bis 500 Mitgliedern galt sie damals als größte Jugendorganisation der rechts-extremen Szene.

Vgl.: N. N.: Wiking-Jugend, in: Glossar der Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500821/wiking-jugend/>

die WSG Bezug zu nehmen.³ Zwischen dem bayerischen Ministerium und dem Generalbundesanwalt bestand fortan ein Disput bezüglich der Frage einer möglichen Beteiligung Dritter an dem Attentat.

Unterdessen hatte die Polizei die Zusammensetzung der Bombe rekonstruieren können. Anhand sichergestellter Splitter kam sie zu dem Schluss, dass es sich um einen selbstgefertigten Bombenkörper, bestehend aus einer CO₂-Treibgasflasche und einer sich darin befindenden englischen Mörsergranate, gehandelt hatte. Bei einer Durchsuchung im Keller des elterlichen Wohnhauses von Gundolf Köhler wurden neben schriftlichen Aufzeichnungen zur Herstellung von Sprengstoffen und Zündeinrichtungen Farbpartikel gefunden, die aus dem gleichen Material wie die Farbspuren der sichergestellten Bombensplitter bestanden. Sie wurden als Indiz dafür gewertet, dass Köhler die Bombe nicht nur gezündet, sondern auch gebaut hatte. In den folgenden Wochen und Monaten wurden mehr als 1.800 Zeug*innen vernommen, um den Tathergang zu rekonstruieren.⁴ Einzelne Zeug*innen hatten ausgesagt, dass sie Köhler in der Nähe des Tatorts in Begleitung mehrerer Personen gesehen hätten. Diese Personen, die zum Teil nur vage beschrieben werden konnten, wurden jedoch nicht ausfindig gemacht. Auch ein Koffer, den Köhler unmittelbar vor der Tat bei sich gehabt haben soll, wurde weder unter den sichergestellten Asservaten noch an anderer Stelle gefunden.

3 Ohne Verfasser: Generalbundesanwalt hält Bombenleger nicht für Einzeltäter. In: Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober 1980.

4 Vgl. Heymann, Tobias von, a.a.O. S. 89.

Obwohl der Tathergang nicht gänzlich nachvollzogen werden konnte, stellte das Bayerische LKA die Ermittlungen im Mai 1981 ein. Eineinhalb Jahre später, im November 1982, schloss auch die Generalbundesanwaltschaft ihre Ermittlungen ab. Die aus den Abschlussberichten zu entnehmenden Résumés unterscheiden sich kaum. In beiden wird Gundolf Köhler als Einzeltäter benannt, der die Bombe gebaut, an den Tatort gebracht und gezündet hat. Eine Tatbeteiligung Dritter wird im Bericht des Generalbundesanwalts für möglich gehalten, jedoch als nicht nachweisbar eingestuft. Eine Beteiligung der WSG wird trotz des bestehenden Anfangsverdachts in beiden Berichten ausgeschlossen. Sich auf Aussagen aus dem Bekanntenkreis Köhlers beziehend wird dieser als junger Mann rechtsextremer Gesinnung mit einem übersteigerten Bezug zu Sprengstoffen beschrieben. Persönliche Frustration und unkontrollierter Hass auf seine Umgebung werden als Motive für den Anschlag herausgestellt.

Nach dem Abschluss der Ermittlungen 1982: neue Fragen, neue Erkenntnisse

Seit Einstellung der offiziellen Ermittlungen im Jahr 1982 wurden immer wieder Zweifel an deren Ergebnissen geäußert, die nicht zuletzt in mehreren Initiativen zur Klärung der offenen Fragen mündeten. Rechtsanwalt Werner Dietrich, der mehrere Geschädigte des Attentats bis heute rechtlich vertritt, stellte dreimal einen Antrag auf Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens. Die ersten beiden Anträge (1983 und 2008) wurden seitens der Generalbundesanwaltschaft offiziell „mangels neuer Erkenntnisse“ zurückgewiesen. Erst mit seinem dritten Versuch im Jahr 2014 hatten Dietrich und damit einhergehend all diejenigen, die die Festlegung auf einen Einzeltäter in Frage stellten, Erfolg.

Zweifel an den Ermittlungsergebnissen hegten nicht nur Familienangehörige und Opfer des Attentats. Auch aus den Reihen der Politik wurde wiederholt die Initiative ergriffen, die Tathintergründe neu hinterfragen zu lassen. So stellte die SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Rechtsausschusses Herta Däubler-Gmelin bereits 1981 eine parlamentarische Anfrage nach einer Neubewertung des Oktoberfest-Attentats, nachdem Hinweise auf eine mögliche Herkunft des Sprengstoffs aus rechtsextremistischen Kreisen aufgetaucht waren. Im Jahr 2005, anlässlich des 25. Jahrestags des Anschlags, bemühte sich ein Bündnis mehrerer Organisationen (u.a. Gewerkschaften und antifaschistische

Vereinigungen) und Einzelpersonen – darunter Münchner Stadträt*innen sowie Landes- und Bundespolitiker*innen der SPD – erneut um eine Wiederaufnahme der Ermittlungen durch LKA und BKA. Vier Jahre später reichten wiederum Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine „Kleine Anfrage“ zum Oktoberfest-Attentat im Bundestag ein.⁵ Aus dem Antwortschreiben der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass „keine neuen zureichenden und tatsächlichen Anhaltspunkte oder Beweismittel“ vorliegen, die Anlass bieten würden, die Ermittlungen neu aufzunehmen.⁶ Mit dem Verweis auf unzureichende und fehlende neue Indizien wurden sämtliche, bis 2014 unternommenen Initiativen für eine Wiederaufnahme bzw. Nachermittlung durch die Generalbundesanwaltschaft und das BKA abgelehnt.

5 Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Silke Stokar von Neuforn, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In: Bundestags-Drucksache 16/13305. Deutscher Bundestag, 4. Juni 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.

6 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. In: Deutscher Bundestag Drucksache 16/13527. Deutscher Bundestag 22. Juni. 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.

Allen Bemühungen lagen im Wesentlichen dieselben Motivationen zugrunde: der Wunsch nach einer Aufklärung der strittigen Ermittlungsergebnisse (z.B. Auswertung von Zeugenaussagen, Bezug des Sprengstoffs, Beteiligung der Wehrsportgruppe Hoffmann). Die Skepsis stützte sich unter anderem auf die Publikation des Journalisten Ulrich Chaussy „Oktoberfest. Ein Attentat“, in der er seine Recherchen den Ermittlungen von Polizei und Justiz gegenüberstellt und unbeantwortete Fragen sowie Unstimmigkeiten offenlegt.⁷ Einer der Hauptkritikpunkte ist dabei die schnelle Festlegung auf eine Einzeltat, die, trotz mehrerer gegenteiliger Zeugenaussagen, nicht zuordenbarer Asservate sowie der Selbstbezeichnung zweier ehemaliger WSG-Mitglieder, an der Tat beteiligt gewesen zu sein, getroffen wurde. In diesem Zusammenhang wird vermutet, dass die damalige Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 einen entscheidenden Einfluss auf das Vorgehen der bayerischen Ermittler*innen und deren Ergebnisse gehabt hat. Es wird angenommen, dass der Bevölkerung durch schnelle Ermittlungserfolge Kontrolle und Sicherheit suggeriert, sowie eine vorausgegangene Fehleinschätzung des Bayerischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerkandidaten Franz Josef Strauss relativiert werden sollte. Dieser hatte nicht nur die von Linksextremisten ausgehende Gefahr als wesentlich höher als die von Rechtssextremisten eingestuft, sondern auch das Verbot der WSG im Frühjahr 1980 als Überreaktion bezeichnet.⁸

7 Chaussy, Ulrich: Oktoberfest. Ein Attentat. Darmstadt/Neuwied, 1985.

8 Heymann, Tobias von, a.a.O., S. 215ff.

Eine Involvierung von organisierten Rechtsextremisten als Ermittlungsergebnis hätte wohlmöglich einen negativen Einfluss auf seine Kandidatur als Bundeskanzler haben können.

Die Zweifel an der propagierten Einzeltat und den Motiven Köhlers wurden auch durch eine Veröffentlichung des Journalisten Tobias von Heymann gestützt. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks in den späten 1980er Jahren setzten sich Wissenschaftler*innen in unterschiedlicher Weise erneut mit dem Anschlag auf das Oktoberfest auseinander. Ursache hierfür war vor allem die Möglichkeit, Dokumente mit einbeziehen zu können, die bis dato unzugänglich gewesen waren. So untersuchte von Heymann Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der damaligen DDR (MfS) gezielt nach Aufzeichnungen, die das Bombenattentat von München betrafen.⁹ Er sichtete mehr als 6.000 Dokumente, die verdeutlichen, dass das MfS die Ermittlungen zum Attentat nicht nur sehr aufmerksam verfolgt hatte, sondern den Anschlag als eine politisch motivierte, rechtsextremistische Tat erachtete. Von Heymann verweist insbesondere auf ein Dokument, in dem das MfS auf eine Überwachung der WSG durch die Verfassungsschutzämter der Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Bezug nimmt. Diese unter dem Namen „Aktion Wandervogel“ durchgeführte Überwachung war bereits 22 Stunden vor dem Münchner Sprengstoffanschlag eingeleitet worden.

9 Ebd.

Sie ließ das MfS mutmaßen, dass die bundesdeutschen Staatsschützer möglicherweise Kenntnisse über den bevorstehenden Anschlag besaßen.¹⁰

Neben den Akten des MfS wertete von Heymann Presseberichte rund um den Anschlagstag aus. Auch hier fand er Hinweise darauf, dass Köhler womöglich Mittäter*innen hatte, denn bei mehreren Münchner Tageszeitungen waren einen Tag nach dem Oktoberfest-Attentat anonyme Anrufe einer Frau entgegengenommen worden. Der Wortlaut war immer derselbe: „Wir sind von den Rechten aus Bologna. Wir sind gegen die Roten. Wir haben gestern einen Streich gemacht. Wir werden weitermachen.“¹¹ – Knapp zwei Monate vor dem Oktoberfest-Attentat war in Bologna am 2. August 1980 ebenfalls ein Bombenattentat verübt worden, bei dem 85 Menschen starben und über 200 verletzt wurden. Dieser Anschlag konnte eindeutig einem rechtsextremistischen Netzwerk zugeordnet werden. – Die anonyme Anruferin wurde nie ausfindig gemacht. Der Hinweis auf das Bombenattentat von Bologna und dessen zeitliche Nähe zum Oktoberfest-Anschlag lassen für viele die Einzeltäter-These einmal mehr als fraglich erscheinen.

10 Ebd., S. 131ff.

11 Ebd., S. 79.

Unverkennbar trug das Forschungsergebnis Tobias von Heymanns dazu bei, dass Rechtsanwalt Dietrich im Jahr 2008 seinen zweiten Antrag auf Wiederaufnahme der Ermittlungen stellte. Neben seiner Forderung, die MfS-Akten einzubeziehen, regte er zudem einen Abgleich der Splitter der Oktoberfest-Bombe mit den Bomben an, die von rechtsextremistischen Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren verwendet worden waren. Ein weiterer Beweggrund Dietrichs, den Fall wieder aufrollen zu lassen, bestand in den neuen Möglichkeiten kriminaltechnischer Untersuchungen, wie beispielsweise den DNA-Analysen, die in den 1980er Jahren noch nicht durchführbar waren. Auf seinen Antrag hin, die damals sichergestellten Asservate erneut untersuchen zu lassen, gab die Bundesanwaltschaft jedoch bekannt, dass diese bereits 1997 vernichtet worden seien. Weshalb dies geschah, bleibt ungeklärt. Im Regelfall werden Asservate nur bei rechtskräftig abgeschlossenen Fällen – Strafverfahren mit Freispruch oder Verurteilung – ausgesondert.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Attentat wurde dem dritten Antrag Dietrichs schließlich 2014 stattgegeben. Mit ausschlaggebend für diesen späten Erfolg war der Kinofilm „Der blinde Fleck“ (2013) – ein Politthriller, der das Attentat und die Nachforschungen des Journalisten Ulrich Chaussy thematisiert. Die mediale Wirkung war unerwartet. Der preisgekrönte Film rief bei den Zuschauer*innen eine Resonanz hervor, wie sie durch keine andere Berichterstattung je erreicht worden war.

Es meldeten sich neue Zeug*innen bei [Chaussy](#) und [Dietrich](#) und untermauerten mit ihren Aussagen die Zweifel an einem Einzeltäter, indem sie bezeugten Köhler unmittelbar vor der Explosion in Begleitung gesehen zu haben. Doch nicht nur diese Aussagen zwangen die Generalbundesanwaltschaft zum Handeln. Auch die Erkenntnisse aus dem [NSU-Prozess](#) trugen dazu bei. Das damalige Ermittlungsversagen und die Verwicklung von Vertrauensleuten (V-Leuten) in die NSU-Mordserie sensibilisierte die Sicherheitsbehörde für eine Überprüfung einst strittiger Ermittlungsergebnisse. Zudem reichten die Bundestagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die DIE LINKE im Mai 2015 eine gemeinsame Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Sie sollte der Klärung dienen, inwieweit V-Leute des Verfassungsschutzes Kenntnisse über das bevorstehende Oktoberfest-Attentat besaßen. Der Klage auf generelles Informationsrecht wurde zum Teil stattgegeben. Mit Verweis auf den Schutz der V-Leute, deren Persönlichkeitsrechte und das Staatswohl werden Anfragen bezüglich des Einsatzes von V-Leuten allerdings weiterhin abgelehnt.

Im Dezember 2014 nahm die Bundesanwaltschaft ihre Ermittlungen schliesslich wieder auf. Gemeinsam mit der eigens vom Bayerischen Landeskriminalamt gegründeten „Soko 26. September“ wurde ein Aktenbestand von mehr als 300.000 Seiten gesichtet, darunter auch Geheimdienstakten, die bislang unter Verschluss lagen.

Mehr als 1.000 Vernehmungen wurden durchgeführt und 770 alten wie neuen Spuren nachgegangen. Nach fünfeinhalb Jahren wurden im Juli 2020 die Ermittlungen eingestellt und die offizielle Opferzahl von 224 auf 234 erhöht. Trotz der umfangreichen Ermittlungsarbeiten konnten weder mögliche Mittäter*innen überführt, noch die Herkunft des Sprengstoffs geklärt werden. Im Gegensatz zu den Ermittlungen der 1980er Jahre bewertet die Bundesanwaltschaft den Anschlag allerdings nicht länger als unpolitisch, sondern als eine rechts-extremistisch motivierte Tat.

Ulrich Chaussy, **freier Journalist des Bayerischen Rundfunks und Rechtsanwalt** Werner Dietrich **fochten drei Jahrzehntlang die Ermittlungsergebnisse zum Oktoberfest-Attentat an. Für beide gestaltete sich die Wahrheitsfindung zu einem Lebensthema, in welches Dietrich weit über sein Mandat hinaus Zeit und Geld investierte. Ihrer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass die Ermittlungen wieder aufgenommen wurden. 2015 erhielten sie beide für ihr Engagement den Krenkl-Preis der SPD im Münchner Süden. Zudem wurden Ulrich Chaussy und Werner Dietrich 2023 mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet.**

Von 2013 bis 2018 fand in München die Hauptverhandlung gegen fünf Personen statt, die angeklagt und verurteilt wurden, Teil des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) gewesen zu sein oder diesen zu haben. Der NSU hatte zwischen 2000 und 2006 neun Personen aus rassistischen Motiven sowie eine Polizistin ermordet, eine Vielzahl von Mordversuchen unternommen und Sprengstoffanschläge sowie Raubüberfälle begangen. 2011 enttarnte sich die rechtsterroristische Gruppe selbst. Bei den Ermittlungen zu den vorangegangenen Straftaten hatten die Behörden gravierende Fehler gemacht. Sie hatten rechte Motive ausgeschlossen und sich von strukturellem Rassismus beeinflusst auf den Bereich der organisierten Kriminalität konzentriert. Von der Medienlandschaft wurde diese Einschätzung zumeist unkritisch übernommen. Hinweise der Angehörigen und Betroffenen auf rechtsextreme Täter*innen waren ignoriert worden. Die Gesellschaft und die Politik reagierten auf die Selbstenttarnung des NSU erschüttert und empört über die schweren Ermittlungsspannen sowie die Verstrickungen der Sicherheitsorgane. Die Behörden seien, so ein häufiger Vorwurf, auf dem rechten Auge blind. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse des Bundes und der Länder bestätigten das massive Behördenversagen und empfahlen Reformen der Polizei und Geheimdienste.

Das Oktoberfest-Attentat im öffentlichen Bewusstsein

Vier Tage nach dem Attentat, am 30. September 1980, trauerte die Stadt um die Opfer des Anschlags. In einer offiziellen Trauerfeier im Alten Rathaus kamen neben den Familienangehörigen Politiker*innen der Bundesrepublik, Geistliche sowie verschiedene andere Würdenträger*innen zusammen, um der Getöteten und Verletzten zu gedenken. In seiner Ansprache bezeichnete der damalige Oberbürgermeister Kiesel die Trauerfeier als einen Akt der Solidarität mit den Verletzten und Hinterbliebenen und wandte sich gleichzeitig in einem Appell an die Bevölkerung. Er betonte, dass sich Gewalt, unabhängig ob von linker oder rechter Gesinnung motiviert, immer gegen die Gesellschaft als Ganzes richte. Er forderte die Menschen zu politischer Wachsamkeit und Zivilcourage auf: „*Wir müssen eintreten gegen jede Haltung, die Gewalt ausübt, sie predigt, sie billigt, duldet oder nur verharmlost.*“¹² Dieser Aufforderung kamen am 30. September 1980 die Bürger*innen der Stadt München nach, indem sie an den verschiedensten öffentlichen Mahn- und Gedenkveranstaltungen teilnahmen.¹³ Seit dem Attentat

12 Landeshauptstadt München (Hrsg.): 26. September 1980. Dokumentation zum 5. Jahrestag des Bombenanschlags auf dem Oktoberfest in München. München, 1985, S. 18.

13 Unter anderem fanden ein von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und den Münchner Jungdemokraten und Jungsozialisten organisierter Gedenk-Fackelzug, ein ökumenischer Gottesdienst, eine DGB-Kundgebung mit Schweigeminute sowie eine Kranzniederlegung statt.



Gedenkfeier am Tatort, 26. September 1981

organisiert die DGB-Jugend München (Deutscher Gewerkschaftsbund) jeweils am Jahrestag eine Kundgebung mit Kranzniederlegung, um der Opfer des Bombenanschlags zu gedenken und die kritische Auseinandersetzung mit dem Attentat wachzuhalten. Die zunächst große Anteilnahme der Stadtgesellschaft sollte jedoch rasch abebben.

Um die Erinnerung an die Opfer des Anschlags im öffentlichen Bewusstsein aufrechtzuerhalten, wurde im Auftrag der Landeshauptstadt München 1981 eine Gedenksäule am Haupteingang des Oktoberfests errichtet. Doch auch nach mehrmaligen Umgestaltungen, wie der Einbettung in ein Blumenbeet 1985, fiel die Säule am Gedenkort kaum auf. Die Dominanz des Festareals und die unscheinbare Gestaltung ließen Millionen Besucher*innen vorbeiziehen, ohne den Gedenkort wahrzunehmen. Oft wurde er als Müllhalde oder Pissoir zweckentfremdet. Um dem Gedenkort mehr Würde und Beachtung zukommen zu lassen und diesen vor Beschädigungen zu schützen, wurde 2008 das Mahnmal erneut umgestaltet. Die 1981 durch Friedrich Koller entworfene, bronzene Stele wurde von ihm um eine halbrunde, durchlöchernde Stahlwand erweitert, die an die Streukraft der Bombe erinnern soll. Laut Aussage des Künstlers ist diese Wand als eine Metapher für Schutz und Demokratie zu verstehen, die, angedeutet durch die Löcher, verletzt wurde. Zusätzlich finden sich in den Boden eingelassene Stahlsplitter, die symbolisch für die Toten des Attentats stehen. Auf der Säule selbst sind auf Initiative der Angehörigen seit 1987 die Namen der Todesopfer zu lesen.

In der erinnerungskulturellen Auseinandersetzung hat sich gezeigt, dass das Oktoberfest-Attentat häufig mit dem Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München verwechselt wird.¹⁴ Auch vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Initiativen wie die Umgestaltung des Mahnmals, die jährliche Gedenkveranstaltung, sowie publizistische und künstlerische Auseinandersetzungen¹⁵ wichtig sind, um die Erinnerung an das Geschehen im öffentlichen Bewusstsein stets wachzuhalten.



Antifaschistische Mahnwache, 26. September 2000

14 Vgl. Kienast, Moritz: Erinnerung an das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980. Magisterarbeit am Historicum der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2015.

15 Hierzu zählen u.a. der Film „Der blinde Fleck“ von Daniel Harrich (2013) sowie das Theaterstück der Regisseurin Christiane Mudra „Wir waren nie weg – die Blaupause“ aus dem Jahr 2015.



IM GEDENKEN AN
DIE OPFER DES
BOMBENANFALLS
VOM 26.8.1959

ZUM GEDENKEN AN
DIE OPPER DES
BOMBENANSCHLAGES
VOM 26.9.1980

IGNAZ PLATZER
ILONA PLATZER
ANGELA SCHÜTTRIGKEIT
ERROL VERE-HODGE
ERNST VESTNER
BEATE WERNER

„Die Zeit heilt keine Wunden“ – die Folgen für die Opfer und deren Angehörige

„Die Zeit heilt keine Wunden“, waren die Worte einer Frau, deren Sohn bei dem Anschlag ums Leben gekommen ist. Wie einige andere, wurde sie für die vorliegende Broschüre interviewt. Ihre Aussage steht exemplarisch für das Leid aller, die bei dem Attentat verletzt wurden oder Freund*innen und Familienangehörige verloren haben.

Vier Jahrzehnte nach dem Anschlag leiden viele noch immer unter ihren schwerwiegenden Verletzungen, die trotz lang andauernder Krankenhausaufenthalte, unzähliger Operationen und weiterer Rehabilitationsmaßnahmen nicht gänzlich geheilt werden konnten. Zum Großteil handelt es sich um Bewegungseinschränkungen, die das alltägliche Leben der Anschlagsoffer seitdem prägen. Mehrere der befragten Personen mussten ihr Leben angesichts der körperlichen und seelischen Verletzungen vollständig umstellen. So ist beispielsweise die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für einige nur noch unter erheblichen Kraftanstrengungen möglich, da bereits Wege zu den Haltestellen oder langes Stehen Schmerzen hervorrufen.



Doch nicht nur die physischen Beeinträchtigungen haben zu einem Verlust der Lebensqualität geführt. Während heutzutage Krisenintervention und psychologische Betreuung traumatisierter Personen nach einschneidenden Erlebnissen oder Unfällen nahezu selbstverständlich sind, waren diese Behandlungsmethoden Anfang der 1980er Jahre noch nicht etabliert. Die Überlebenden des Anschlags sowie die Angehörigen von Verletzten und Todesopfern waren mit der Verarbeitung ihrer Erlebnisse weitestgehend auf sich allein gestellt. Ein Großteil leidet bis heute unter posttraumatischen Belastungsstörungen. So wurde in Gesprächen deutlich, dass es viele seit dem Anschlag vermeiden, sich in größeren Menschenmengen aufzuhalten, und sehr sensibel auf laute Knallgeräusche reagieren. Auch an der jährlichen Gedenkveranstaltung nehmen zahlreiche der Überlebenden nicht teil, da der Aufenthalt am Tatort und die Atmosphäre des Oktoberfests die schrecklichen Erinnerungen an den Anschlag zu schmerzhaft hervorrufen.

Als zusätzliche Belastung zu den erlittenen physischen und psychischen Verletzungen empfinden viele der Überlebenden den Umgang mit ihren durch den Anschlag verursachten gesundheitlichen Bedürfnissen. Innerhalb des ersten Jahres nach dem Attentat hatten die geschädigten Personen eine finanzielle Unterstützung erhalten, welche jedoch mit zunehmender Genesung reduziert bzw. eingestellt wurde. Für weitere notwendige Rehabilitationsmaßnahmen oder psychologische Behandlungen kamen die Geschädigten selbst auf oder müssen noch immer lange bürokratische Wege auf sich nehmen.

Viele der Überlebenden betonten die Hilfsbereitschaft der Münchner*innen direkt nach dem Attentat sowie das Engagement einzelner Organisationen, wie z.B. des Weissen Rings, einer Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und deren Familien. Mit Spenden, Geschenken und Krankenhausbesuchen unterstützten sie die Verletzten, die von dieser positiven Erfahrung teilweise heute noch zehren.

Jahrzehntlang haben die Überlebenden keine angemessene materielle Entschädigung erhalten, die auch ihre Leidensgeschichte berücksichtigt. Erst die Neubewertung des Attentats durch die Generalbundesanwaltschaft als rechtsextreme Tat eröffnete den Überlebenden im Juli 2020 die Aussicht auf eine angemessene Entschädigung.

Erinnerungskulturelles Forschungs- und Zeitzeug*innenprojekt des Kulturreferats München

2015 initiierte die Stadt München ein Forschungsprojekt zum Oktoberfest-Attentat. Das anfängliche Ziel, Lebensgeschichten von Überlebenden zu dokumentieren, entwickelte sich zu einem gemeinschaftlichen Projekt, um das Attentat und seine Folgen in der Stadt sichtbarer zu machen. Die Gespräche haben viele eindringliche Geschichten offenbart, vor allem aber auch, wie viel Unterstützung die Überlebenden des Anschlags bis heute benötigen. 2018 bewilligte der Stadtrat deshalb eine finanzielle Zuwendung, um konkrete verletzungsbedingte Bedarfe der Überlebenden zu unterstützen. 2020/2021 wurden infolge der Neubewertung des Attentats als rechtsextreme Tat weitere Solidarleistungen durch die Bundesrepublik, den Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München ausgezahlt.

Das Aufgabenfeld des Forschungsprojekts hat sich seit 2015 zunehmend erweitert, denn viele der Überlebenden äußerten den Wunsch nach einem Austausch untereinander und einer Möglichkeit zur Mitgestaltung der städtischen Erinnerungsarbeit. In regelmäßigen Abständen organisiert das Kulturreferat deshalb Treffen, bei denen sich die Überlebenden untereinander und gemeinsam mit dem Team des Forschungsprojekts über ein würdiges Gedenken austauschen. Dem dort formulierten Wunsch des sichtbaren Gedenkens im Zentrum der Stadt folgte zunächst die

gemeinsame Realisierung einer Gedenktafel am Neuen Rathaus 2018.

Vom Erfolg dieser Zusammenarbeit bekräftigt und dem Anspruch über das Attentat aufklären und die Schicksalsgeschichten ins öffentliche Bewusstsein rücken zu wollen, wurde seit 2018 auf die Realisierung einer Dokumentationsstätte hingewirkt. Sowohl bei der Entscheidung für den gestalterischen Entwurf wie bei der Realisierung waren Überlebende aktiv beteiligt. Anlässlich des 40. Jahrestages im September 2020 wurde die „Dokumentation Oktoberfest-Attentat“ eröffnet. Neben dem bestehenden Kunstwerk von Friedrich Koller ermöglicht die Ausstellung den Besucher*innen nun, sich am Eingang der Theresienwiese über die Geschehnisse des 26. Septembers 1980 zu informieren und die Tragweite dieses Attentats aus Sicht der Überlebenden zu erfahren. Mit der neuen Präsenz – der Dokumentation vor Ort, dem verstärkten Auftreten der Überlebenden am Jahrestag des Attentats wie in medialen Berichterstattungen – und der juristischen Neubewertung auf Bundesebene als rechts-extremistisches Attentat gelingt es, das gesellschaftliche Bewusstsein für das Geschehene zunehmend zu sensibilisieren. Das politische Attentat wird inzwischen aufmerksamer als Teil der Münchner wie auch bundesdeutschen Geschichte wahrgenommen.



Einweihung der Gedenktafel am Münchner Rathaus durch Oberbürgermeister Dieter Reiter und stellvertretend für die Überlebenden und Todesopfer des Anschlags, Dimitrios Lagkadinou am 4. September 2018, „Ihr unbeachtetes Leid mahnt uns zur Fürsorge. Rechtsextreme Taten fordern unsere Wachsamkeit. München erinnert an alle Betroffenen und Todesopfer des Oktoberfest-Attentats vom 26.09.1980.“

Die jahrzehntelange Erfahrung gesellschaftlichen Verdrängens bestärkt die Überlebenden, sich auch zukünftig für Aufklärung, Verständigung und eine vielfältige Erinnerungskultur einzusetzen. Vor diesem Hintergrund berichten die Überlebenden regelmäßig in der Öffentlichkeit von Ihren Erlebnissen und fordern zu gesellschaftlicher Wachsamkeit gegenüber rechtsextremen Strömungen auf. Im Herbst 2023 reiste die Gruppe des Forschungsprojekts nach Berlin und folgte den Einladungen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und des damaligen Bundesopferbeauftragten Pascal Kober. In eingängigen Gesprächen berichteten sie dort von Ihren Schicksalen und setzten sich für eine unbürokratische und langfristige Unterstützung aller Opfer politisch motivierter Gewalttaten ein.

Die Auseinandersetzung mit dem Oktoberfest-Attentat bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der sich die Landeshauptstadt München bekennt. Das Kulturreferat setzt das erinnerungskulturelle Forschungs- und Zeitzeug*innenprojekt fort, denn unzählige Berichte von Überlebenden, Ersthelfenden und Augenzeugen sind noch nicht erzählt und dokumentiert. Wenn Sie etwas dazu beitragen möchten oder Fragen zu dem Projekt haben, wenden Sie sich bitte an das Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Abteilung Public History (E-Mail: public-history@muenchen.de; Telefon: 089 233-24435).



Die Dokumentation Oktoberfest-Attentat an der Theresienwiese informiert über den Anschlag. Sie erinnert an die Opfer, lässt Überlebende und Angehörige sowie Augenzeug*innen zu Wort kommen und beschreibt den gesellschaftlichen Umgang mit dem Attentat bis in die Gegenwart.

Quellen:

- **Andreasch, Robert:** München. Vier Jahrzehnte im Kampf gegen das Verdrängen und für die Perspektive der Überlebenden, in: Nobrega, Onur Suzan; Quent, Matthias; Zipf, Jonas (Hg.): Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau: Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors, Bielefeld 2021, S. 189 – 198.
- **Chaussy, Ulrich:** Oktoberfest. Ein Attentat. Darmstadt/ Neuwied, 1985.
- **Fromm, Rainer:** Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“: Darstellung, Analyse und Einordnung: ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus. Frankfurt/Main u.a., 1998.
- **Heymann, Tobias von:** Die Oktoberfest-Bombe. München, 26. September 1980 – Die Tat eines Einzelnen oder ein Terror-Anschlag mit politischem Hintergrund? Berlin, 2008.
- **Kienast, Moritz:** Erinnerung an das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980. Magisterarbeit am Historicum der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2015.
- **Kleine Anfrage** der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Silke Stokar von Neuforn, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.
In: Bundestags-Drucksache 16/13305. Deutscher Bundestag, 4. Juni 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.
- **Antwort der Bundesregierung** auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Jerzy Montag, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
In: Deutscher Bundestag Drucksache 16/13527. Deutscher Bundestag 22. Juni 2009, „Oktoberfest-Attentat – Stasi-Notizen und Indizien betreffend Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann‘ sowie Verbindungen zu ‚Gladio‘“.
- **Landeshauptstadt München (Hrsg.):** 26. September 1980. Dokumentation zum 5. Jahrestag des Bombenanschlages auf dem Oktoberfest in München. München, 1985.
- **Ohne Verfasser:** Generalbundesanwalt hält Bombenleger nicht für Einzeltäter. In: Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober 1980.
- **Ohne Verfasser:** Rebmann: Schwerster Anschlag. In: Bild vom 29. September 1980.
- **Schmalz, Peter:** Wir dürfen vor der Gewalt nicht kapitulieren. In: Die Welt. 1. Oktober 1980.

Abbildungsverzeichnis

- Seite 14 Städtisches Vermessungsamt der Landeshauptstadt München
- Seite 18 Heinz Gebhardt
- Seite 19, 20 Stadtarchiv München (FS-ERG-B-0025, FS-ERG-B-0027)
- Seite 40, 43, 48 Mark Schütze/Stadtarchiv München (FS-ERG-B-0026, FS-ERG-B-0029, FS-ERG-B-0028)
- Seite 44/45 Denis Schäfer
- Seite 46 Tobias Hase / Kulturreferat
- Seite 53 Astrid Schmidhuber / Kulturreferat
- Seite 55 Büro Müller-Rieger / Kulturreferat
- Umschlaginnenseiten Andreas Gebert



Impressum

Herausgeber:
Landeshauptstadt München
Kulturreferat
Burgstr. 4, 80331 München

Oberbürgermeister
Fachstelle für Demokratie –
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Menschenfeindlichkeit
Marienplatz 8, 80331 München

5. überarbeitete Auflage 2025

Autorin: Tatjana Neef
Projektleitung: Dr. Sabine Schalm
Redaktion: Dominik Aufleger, Moritz Kienast

Grafische Gestaltung:
www.leistls.org

Druck und Bindung:
Weber Offset, München

Gedruckt auf Papier aus
100% zertifiziertem Holz
aus kontrollierten Quellen